

ORF.at

Nicht alle Bilder konnten vollständig geladen werden. Bitte schließen Sie die Druckvorschau bis alle Bilder geladen wurden und versuchen Sie es noch einmal.



Foto: ORF

Foto: ORF

Soziales

Wohnungsnotstand: Weiter Kritik am Land

Das Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot sowie die Studierendenvertretung ÖH üben scharfe Kritik am Land Tirol in Sachen Wohnpolitik. Hintergrund ist die Entscheidung des Landes, dass in der Stadt Innsbruck kein Notstand beim Wohnen bestehe. Die ÖH und das Bündnis orten dringenden Bedarf für Maßnahmen.

04.08.2024 05.43

Anfang dieser Woche hatte die schwarz-rote Landesregierung der Stadt Innsbruck eine Absage für den Antrag auf Wohnungsnotstand erteilt, wie die „TT“ berichtete. Das Land hatte den konkreten Wohnbedarf in Innsbruck erhoben. Dabei kam die Behörde zur Ansicht, dass es keinen außerordentlich hohen Bedarf an Wohnungen bzw. Wohnungssuchenden gebe und lediglich 180 Wohnungen benötigt würden. Aus der Stadtpolitik kam daraufhin viel Kritik an der Haltung des Landes – mehr dazu in Land: Kein Wohnungsnotstand in Innsbruck.

Nun übten auch das Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot Tirol sowie die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) der Universität Innsbruck massive Kritik an der Entscheidung des Landes. Das Bündnis teilte in einer Reaktion mit, dass die prekäre Wohnsituation von vielen Familien ignoriert worden sei. Konkret seien alle Personen, welche die Kriterien für einen Anspruch auf eine Stadtwohnung nicht erfüllen, für die Berechnung gar nicht herangezogen worden.



Foto: ORF

Der Wohnungsmarkt in Innsbruck ist seit Jahren angespannt und erfordert dringend Maßnahmen durch das Land, lautet die Kritik

Dasselbe gelte für die rund 800 Personen, die in Notschlafstellen, Wohnungslosenunterkünften und Frauenhäusern leben. Die Beratungsstelle lilawohnt in Innsbruck erfasse jährlich rund 300 Frauen und bis zu 100 Kinder als wohnungslos. Sie alle hätten keine adäquate Wohnung und könnten sich häufig noch nicht für eine Stadtwohnung vormerken lassen.

Mietzinsbeihilfe ab erstem Tag gefordert

„Der Großteil der Wohnungssuchenden braucht keine sozialarbeiterische Unterstützung, sondern lediglich eine leistbare Wohnung“, meinte Magdalena Melcher vom DOWAS (Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitsuchende). Das DOWAS ist neben Einrichtungen wie der arbas – Arbeitsassistentin Tirol oder dem Diakonie Flüchtlingsdienst Mitglied beim Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot.

Zu lange habe der Fokus auf der Schaffung und Sanierung von Eigentum und zu wenig auf der Förderung von leistbaren Mietwohnungen gelegen. „Menschen mit geringem (Erwerbs-)Einkommen werden niemals Wohnungseigentum erwerben können“, so Melcher. Das Land mache es sich in seinem Vorgehen zu leicht und müsse den großen Baulandüberhang besser nutzen. Außerdem fordert das Bündnis, die Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag zu gewähren.

ÖH Innsbruck verärgert

Auch die Studierendenvertretung ÖH zeigte sich erschüttert über die Entscheidung des Landes. Die Berechnung gehe am tatsächlichen Wohnbedarf der Menschen und insbesondere der Studierenden in Innsbruck vorbei. „Es ist inakzeptabel, dass die Bedürfnisse der Studierenden in dieser Rechnung komplett außer Acht gelassen wurden“, sagte ÖH-Vorsitzende Sophia Neßler.



Foto: Hermann Hammer

Die ÖH Innsbruck verzeichnet laufend eine große Nachfrage bei Beratungen zur Wohnsituation und Wohnungssuche

Mit über 35.000 Studierenden sei die Stadt für viele kaum noch ein leistbarer Ort zum Leben. Das sei auch für den Universitätsstandort eine Gefahr. „Tagtäglich kommen verzweifelte Studierende zu uns in die Beratung, weil sie sich die hohen Mieten in Innsbruck nicht leisten können“, ergänzte Daniel Seifert, Referent für Heime und Wohnen der ÖH Innsbruck. Die ÖH sprach sich daher für den Bau von studentischen Wohnanlagen und Studierendenheimen aus. Diese müssten vorangetrieben und gefördert werden. Auch für die ÖH wäre die Mietzinsbeihilfe ab dem ersten Tag eine dringende Maßnahme.

ÖH nimmt ÖVP und SPÖ in die Pflicht

Scharfe Kritik kam von der ÖH auch in Richtung ÖVP und SPÖ. Der für Raumordnung zuständige Landesrat Josef Geisler (ÖVP) mache Politik für Immobilienspekulanten und Großinvestoren, nicht aber für die Innsbrucker Bevölkerung und die Studierenden.

Auch über den Landesrat für Wohnbauförderung, Georg Dornauer (SPÖ), zeigte sich die Studierendenvertretung verwundert. Von einem Sozialdemokraten wie ihm habe man sich mehr erwartet. „Der Papi ist zurzeit wohl mehr außerhalb von Innsbruck beschäftigt, ansonsten würde er merken, wie schlecht es um den Wohnungsmarkt in der Landeshauptstadt steht“, so der stellvertretende ÖH-Vorsitzende Vincent Gogala.

red, tirol.ORF.at

Links:

- [Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot Tirol](https://www.buendnis-tirol.at) (<https://www.buendnis-tirol.at>)
- [lilawohnt](https://lilawohnt.at/#) (<https://lilawohnt.at/#>)
- [DOWAS Tirol](https://www.dowas.org) (<https://www.dowas.org>)
- [ÖH Innsbruck](https://www.oehweb.at) (<https://www.oehweb.at>)

